

Ägypten im Aufbruch

Besuch in Kairo Januar 2012

Jürgen Trittin und Kerstin Müller besuchten vom 27.-30.1.2012 Ägypten. Die Reise fand wenige Tage nach der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlamentes sowie des ersten Jahrestages des Beginns des Aufstandes statt, der am 11.2.2011 zum Sturz von Hosni Mubarak führte.

“Was in Ägypten geschehen ist, ist ein Erdbeben.” (Abgeordneter des Parlamentes)

“Die Dinge und Haltungen ändern sich so schnell.” (Redakteur des Blogs “The Arabist”)

“Ich stimme ihnen zu, dass die Situation sehr kompliziert ist.” (Abgeordneter des Parlamentes)

Fazit

- ✚ Es herrscht große **Dynamik und Aufbruchstimmung**. Die friedlich verlaufenden Großdemonstrationen zum Jahrestag der Revolution am 25.1. haben deutlich gemacht, dass das Tauziehen um die weitere Zukunft zwischen drei Machzentren stattfindet: dem Obersten Militärrat (SCAF), dem von islamistischen Kräften dominierten Parlament und einer starken und mobilisierungsfähigen Zivilgesellschaft.
- ✚ Die ägyptische Gesellschaft ist **gespalten**. Einerseits herrscht Freude über die im vergangenen Jahr erreichten Veränderungen. Andererseits besteht aber auch Trauer über weiter bestehende alte Strukturen und Probleme. Darüber hinaus ist die Gesellschaft gespalten in der Frage nach einer sofortigen Machtübergabe durch den Obersten Militärrat und dem Verfolgen des vom Militärrat vorgelegten Zeitplans.
- ✚ Die **Parlamentswahlen** werden zwar teilweise als nicht fair und die islamistischen Kräfte begünstigend kritisiert. Die Legitimität des Parlamentes wird aber nicht grundsätzlich infrage gestellt.
- ✚ Das **Ausmaß des Wahlsieges der islamistischen Kräfte**, besonders

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247
📠 +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

der Salafisten, kam allgemein überraschend.

- ↳ Die **Notwendigkeit des Dialogs** auch mit den islamistischen Kräften wird von niemandem bestritten.
- ↳ Die völlige **Unterrepräsentanz von Frauen** im Parlament wird bislang nur von wenigen thematisiert. Hier wird ebenso wie auch im Blick auf das schwache Abschneiden liberaler Kräfte von vielen bereits die nächste Parlamentswahl in den Blick genommen.
- ↳ Während einige dem **Obersten Militärerrat** gegenüber so misstrauisch sind, dass sie eine Weigerung, die Macht abzugeben, für möglich halten, glaubt die Mehrheit der GesprächspartnerInnen, dass der Militärerrat die Macht abgeben will. Unabhängig davon wird die Unterstellung des Militärs unter zivile Kontrolle ein langfristiger Prozess sein.
- ↳ Die Frage des **weiteren Prozesses zu einer Verfassung und zu demokratisch legitimierten Institutionen** ist umstritten, auch in den jeweiligen Lagern. Während manche sich die Wahl eines Präsidenten nicht ohne eine in einem Referendum verabschiedete Verfassung vorstellen können, halten andere die Wahl eines Präsidenten für absolut vorrangig, auch um mehr Zeit für den verfassungsgebenden Prozess zu gewinnen.
- ↳ Parlament, Verfassung, Präsident und Regierung sind eine wichtige Voraussetzung für die dringende **Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme**.
- ↳ Die **Abschaffung der Militärgerichte** ist eine breit getragene Forderung.

Parlamentswahlen

Vor allem liberale Kräfte und Vertreterinnen und Vertreter von NGOs beklagten, dass Organisation und Verlauf der Wahlen die islamistischen Kräfte begünstigt hätten. Die **Leiterin der NGO "Nazra for Feminist Studies"** betonte aber, dass ungeachtet der Problematik der Wahlen ihr Ausgang aber kein völlig falsches Bild der ägyptischen Gesellschaft zeige. Der **Redakteur des Blogs „The Arabist“**, verwies darauf, dass man es bei einer Wahlbeteiligung von 62% verglichen mit unter 20% bei den Wahlen 2010 mit vielen neuen Wählerinnen und Wählern zu tun habe, die man noch nicht kenne.

Dass die islamistischen Kräfte einen Wahlsieg in solcher Deutlichkeit davontragen, war nicht vorhergesehen worden. **Der Wahlkampfmanager des voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten Amr Moussa und ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Arabische Liga**, wies darauf hin, dass keine Meinungsumfrage den Salafisten mehr als 5% prognostiziert hatte. Nach Angaben des koptischen **Bischof Marcos** seien die Salafisten aus Qatar und die Moslemb Brüder aus Saudi Arabien finanziert worden.

Im Allgemeinen wurden die Salafisten als radikaler und unberechenbarer beschrieben als die Moslemb Brüder. Die Moslemb Brüder wüssten, dass sie nach innen wie nach außen ein Signal des Vertrauens senden müssten. Außerdem wollten sie keine Konfrontation im Kulturbereich. Es besteht die Hoffnung, dass die Moslemb Brüder sich durch die ihnen zugewachsene Verantwortung ändern würden. Innerhalb der Moslemb Brüder gebe es mindestens zwei Tendenzen, die alte Garde und die Jüngeren, die flexibler seien. Der **stellvertretende Außenminister für europäische Angelegenheiten** meinte, die Mehrheit der Moslemb Brüder im Parlament sei bestrebt, sich schnell mit den wirtschaftlichen Problemen zu befassen. Viele seien selbst Geschäftsleute und wirtschaftlicher Liberalisierung verpflichtet.

Die geringe Vertretung von Frauen ist **nach Meinung der Leiterin der „Tahrir Lounge“** zu erwarten gewesen, sei aber natürlich kein gutes Zeichen. In der Zivilgesellschaft spielten Frauen eine starke Rolle und es sei zu hoffen, dass über den Weg der Parlamentsassistentinnen bei den nächsten Wahlen deutlich mehr Frauen antreten würden. **Die Leiterin der NGO „Nazra for Feminist Studies“** verwies darauf, dass sich keine Partei ernsthaft mit der Frage der Vertretung von Frauen auseinandergesetzt habe. Beide Organisationen betonten, dass das Quotensystem durch seine fragwürdige Anwendung während der Mubarak-Zeit zudem völlig diskreditiert sei.

Weiter betonte die Leiterin der „Tahrir Lounge“, dass die Menschen nach der Wahl zum ersten Mal den Eindruck hätten, die Parlamentarier würden für sie arbeiten. Stundenlang hätten sich viele die Übertragung der ersten Parlamentssitzung angesehen.

Der Oberste Militärrat und die „Roadmap“ zu demokratischen Strukturen

Zur Rolle und dem weiteren Vorgehen des Obersten Militärrates (SCAF) gab es ausgesprochen unterschiedliche Einschätzungen. **Ein Abgeordneter** der Sozialdemokratischen Partei warf dem Militärrat vor, nach Gründen zu suchen, um den politischen Prozess zu annullieren und dabei mit den Moslemb Brüder zu kollaborieren. Ähnlich sah dies der **Redakteur des Blogs „The Arabist“**. Das Regime habe lediglich die Masken verändert. Es gebe zwar eine Debatte um

die Finanzierung von Organisationen aus dem Ausland, aber die finanzielle Unterstützung von außen an die islamistischen Gruppen werde darin nicht einbezogen. **Ein weiterer Abgeordneter** sah zwar auch Probleme bei der Vorgehensweise des Militärrates, sah in diesem aber dennoch die beste Option für einen friedlichen Übergangsprozess. **Der Blogger von „The Arabist“** beschied dem Militärrat, keinen starken Mann und keine Einheitlichkeit zu haben, dafür aber einen verwirrenden Entscheidungsfindungsprozess. **Der Wahlkampfmanager des voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten Moussa** sagte, der Militärrat bewege sich immer nur unter Druck, was viele junge Menschen dazu bewege, weiter Druck zu machen. Einige Gesprächspartner zeigten sich überzeugt, dass der Militärrat nicht an der Macht festhalten wolle. Ein Festhalten an der Macht werde nur um den Preis eines wesentlich höheren Levels von Repression möglich sein. Die Gesellschaft habe begonnen, die Themen der wirtschaftlichen Privilegien des Militärs und einer Amnestie für Armeeangehörige zu diskutieren. Man müsse einen klugen Weg im Umgang mit dem Militärrat finden, damit dieser entsprechend seinen Versprechen die Macht abgebe. **Ein ehemaliger Geheimdienstoffizier** betonte, das Militär werde nach der fristgerechten Übergabe der Macht auch keinen Einfluss auf die Politik nehmen. Das Militärbudget solle allerdings auch in Zukunft nicht im Detail öffentlich gemacht werden. Israel tue dies auch nicht, die Region sei nicht mit Europa vergleichbar. Außerdem gebe es keinen Grund, dem Iran und anderen Staaten diese Information kostenlos zu liefern.

Zeitplan des Militärrates:

- März 2012: 10 Tage, um die verfassungsgebende Versammlung zu wählen.
- Danach ein Monat Arbeit an der Verfassung, so dass diese nach dem Referendum Ende Mai in Kraft treten könne.
- Ab dem 25.4.12 könnten sich Kandidaten für die Präsidentschaftswahl registrieren lassen. Die Wahl werde dann am 20.6.12, mögliche Stichwahlen am 27.6.12 stattfinden.
- Der neue Präsident werde am 1.7.12 vereidigt, so dass er am 2.7.12 den Ministerpräsidenten und das Kabinett berufen könne.

Die Gegenposition vertrat einer der Abgeordneten. Er werde ein Gesetz einbringen, wonach zunächst der Präsident gewählt werde. Nur so könne garantiert werden, dass einerseits der Militärrat so bald wie möglich seine Macht abgeben müsse und dass andererseits die notwendige Zeit für die Wahl der verfassungsgebenden Versammlung und die Zeit für eine breite Diskussion der Verfassung gegeben werde.

Im Blick auf die Präsidentschaftswahlen wird insgesamt von sechs ernsthaften Kandidaten ausgegangen. Nachdem **Mohammed El-Baradei** erklärt hat, dass er nicht kandidieren werde, wurden dem früheren Außenminister und Generalsekretär der Arabischen Liga, **Amr Moussa**, die größten Chancen eingeräumt. Doch auch dem ehemaligen führenden Mitglied der Moslembrüder, **Abdel-Moneim Abol-Fotoh**, werden Chancen eingeräumt.

Der Blogger von „The Arabist“ vertrat die Position, dass es letztendlich nicht so sehr auf den Kandidaten ankäme, als darauf, welche Kräfte ihn unterstützen würden (Moslembrüder, die „business community“, das Militär und die Verwaltung).

Hinsichtlich der neuen Verfassung gingen sowohl **ein Abgeordneter** als auch der koptische **Bischof Marcos** davon aus, dass der bisherige Artikel 2, wonach die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung bilde, bestehen bleiben werde. Auch Bischof Marcos habe damit kein grundsätzliches Problem, vorausgesetzt, dies werde nicht en detail umgesetzt. Die Verfassung müsse für alle Ägypter passend sein und das wichtigste Element müssten die Menschenrechte sein. Dabei müsse auch Deutschland helfen.

Vielfach wurde auf die Großdemonstrationen zum Jahrestag des Aufstands am 25. Januar verwiesen. Mit 2 Millionen Beteiligten sei diese noch größer gewesen als die Großdemonstrationen im vergangenen Jahr. Dies zeige, dass die Gesellschaft mobilisierbar sei und das Tauziehen um die weitere Entwicklung keineswegs nur zwischen dem Obersten Militärtrat und dem von den islamistischen Kräften beherrschten Parlament ausgetragen werde. **Die Herausgeberin des „Al-Ahram Quaterly Review“** meinte, der Militärtrat habe geglaubt, die Moslembrüder könnten die Demonstrationen auf der Straße eindämmen und zu aller Überraschung habe das nicht funktioniert. Das Militär habe Schwierigkeiten, die neue Realität zu verstehen. Von diesen Demonstrationen werde letztlich auch die Frage abhängen, wie frei sich künftig die Medien entwickeln.

Ebenfalls von zahlreichen Gesprächspartnern wurde darauf verwiesen, dass man im Gegensatz zu früher heute fast alles öffentlich diskutieren könne.

Wirtschaft

Nach Meinung eines Abgeordneten des Parlaments ist die wirtschaftliche Entwicklung durch den eingebrochenen Tourismus, Streiks und ausbleibende Investitionen beeinträchtigt. All dies könne aber schnell geändert werden,

denn Ägypten habe eine potentiell starke Ökonomie. Problematisch sei allerdings das System der Subventionen, weil es zu Korruption führe. Der Mindestlohn müsse angehoben werden, darüber werde auch schon diskutiert, nicht jedoch über einen Maximallohn. Wichtig sei die Transparenz des Haushaltes, der zurzeit noch viele schwarze Löcher enthalte. Deutschland solle dazu im Austausch mit Regierung und Parlament stehen und Modelle anbieten, von denen man wählen könne (wie wurden die Themen in Indonesien, Malaysia, der Türkei und Brasilien angegangen?). Von anderen wurde die Notwendigkeit stabiler Regeln für Investitionen betont bzw. die Hoffnung geäußert, dass die Moslembrüder genau diese schaffen würden. Immer wieder wurde deutlich, dass die Voraussetzung für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage ein vorläufiger Abschluss des Übergangsprozesses, d.h. eine Machtübergabe vom Militärrat und funktionierende politische Strukturen mit Parlament, Verfassung, Präsident und Regierung seien.

Unterstützung von außen

Von verschiedenen Abgeordneten wurde die These vertreten, dass das Vorgehen gegen die NGOs sowie die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) von der Ministerin für internationale Kooperation veranlasst worden sei. Zum Zeitpunkt der Reise war noch unklar, wie das Problem der Registrierung der deutschen politischen Stiftungen und damit auch die noch nicht vollzogene Registrierung der gerade erst im Aufbau befindlichen Heinrich Böll Stiftung gelöst werden können. Während **einer der Abgeordneten** von der Notwendigkeit sprach, das NGO-Gesetz so zu ändern, dass es eine Transparenz der Finanzen herstelle, aber ansonsten nicht die Arbeit der NGOs beeinträchtigen dürfe, sah **eine NGO-Vertreterin** bei der gegebenen Zusammensetzung des Parlamentes dafür wenig Chancen.

Syrien

Am Tahrir-Platz war ein Solidaritätszelt für die Aufständischen in Syrien aufgestellt worden.

Der **stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga** beschrieb als Ziel der Arabischen Liga die friedliche Übergabe der Macht im Rahmen einer arabischen Initiative mit internationaler Unterstützung unter Beibehaltung der Souveränität Syriens. Er lobte die Beobachtermission und betonte, diese sei zurzeit aus Sicherheitsgründen nur unterbrochen, nicht aber beendet worden. Auf Differenzen innerhalb der Arabischen Liga ging er nicht ein. Stattdessen betonte er, wenn ein friedlicher Übergang in Syrien nicht gelinge, werde es Bürgerkrieg geben. Die syrische Regierung sei bereit, mit der Opposition Ge-

sprache aufzunehmen. Der stellvertretende Außenminister für Europaangelegenheiten unterstrich, dass eine militärische Intervention von außen nicht gewünscht und kontraproduktiv sei. Man wolle keine Einmischung von außen, weil man einen regionalen Krieg fürchte. Vielmehr müsse man mit einem „contained civil war“ umgehen, um eine regionale Ausweitung des Konflikts zu vermeiden. Auch wurde die Meinung vertreten, dass die Auseinandersetzungen in Syrien noch lange dauern könnten und Syrien schließlich in zwei Teile zerfallen könnte. Diese Perspektive wurde ebenso für Libyen und den Jemen beschrieben.